

Ohne kulturellen Wandel keine Nachhaltigkeit

„Eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik setzt einen umfassenden kulturellen Wandel voraus“, hat der Deutsche Kulturrat jüngst postuliert. Der BUND sieht ebenfalls die Notwendigkeit eines kulturellen Wandels als Voraussetzung der sozial-ökologischen Transformation.

Wir suchen deshalb aktiv den Schulterschluss mit Kulturorganisationen und wollen als Verband Partner für die Künstler*innen und ihrer Organisationen sowie anderer Akteure des Kulturbereiches wie beispielsweise Architekten und Designerinnen werden. Wir wollen auf Grundlage der künstlerischen Freiheit mit ihnen einen intensiven Dialog führen. Wir wollen über ihre kreative, schöpferische Arbeit für unsere Arbeit lernen, gleichzeitig aber auch im Dialog mit ihnen deren Arbeit im Sinne der nachhaltigen Entwicklung unterstützen. Die Kooperation mit Künstler*innen und Kulturschaffenden kann darüber hinaus einen Beitrag dazu leisten, neue Kommunikationswege zu erschließen und Möglichkeiten zur Partizipation schaffen.

Aus diesem Grunde unterstützt die BDV den Vorstand darin,

- die bestehenden Aktivitäten im Kulturbereich z.B. mit dem Deutschen Kulturrat (insb. Ausweisung Grünes Band als Weltnatur- und Kulturerbe), Akteuren der kulturellen Bildung und der Deutschen Stiftung Denkmalschutz fortzuführen und auszubauen
- auf weitere Träger und Organisationen des Kulturbereichs zuzugehen,
- mit diesen in einen Dialog zur zukunftsfähigen Gestaltung einer nachhaltigen Gesellschaft einzutreten,
- kulturelle Partizipationsansätze als Möglichkeit zur Förderung der Vielfalt innerhalb des Verbandes zu stärken,
- gemeinsam Wege zu einem Umdenken zu entwickeln und
- neue gesellschaftliche Wertsetzungen im Sinne der Nachhaltigkeit zu fördern.

Zur Begleitung und Umsetzung dieser Aufgaben soll der Bundesvorstand ein ehrenamtlich arbeitendes Gremium von interessierten Fachmenschern im Bereich „kulturelle Dimension der ökologischen Transformation“ berufen und der BDV 2022 dazu einen Zwischenbericht vorlegen. Weiterhin empfiehlt die BDV den Landesverbände entsprechende Initiativen einzuleiten bzw. fortzuführen.

Berlin, 6. November 2021